

Kordula Kovac
Mitglied des Deutschen Bundestages
Ihre Abgeordnete für Südbaden



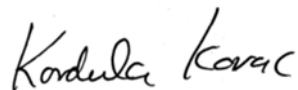
INFORMATIONSBRIEF Oktober 2014 (2)

Liebe Leserinnen und Leser,

seit 2013 vertrete ich die CDU im Raum Südbaden im Deutschen Bundestag.

Mit diesem Newsletter möchte ich Sie über meine politische Arbeit im Deutschen Bundestag in Berlin und in meiner Heimat informieren. Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre!

Ihre



Inhaltsverzeichnis

- | | |
|---|---------|
| 1. Regierungserklärung der Bundeskanzlerin | Seite 1 |
| 2. Kordula Kovac besucht die Insel Riems | Seite 3 |
| 3. PM Holzenkamp/Kovac: Kirschessigfliege | Seite 5 |
| 4. Maßnahmenpaket zum Breitbandausbau | Seite 5 |
| 5. Im Gespräch mit dem neuseeländischem Botschafter | Seite 6 |
| 6. Engagement von ArbeiterKind.de | Seite 6 |

1. „Globale Herausforderungen bewältigen wir nur gemeinsam“ – Regierungserklärung: Bundeskanzlerin gibt Ausblick auf EU- und ASEM-Gipfel

Der Ukraine-Konflikt, die Ebola-Epidemie und der Terror des „Islamischen Staates“: Krisen beherrschen derzeit die Tagesordnungen internationaler Treffen. Angesichts dessen rief Bundeskanzlerin Angela Merkel die Europäische Union und die Partner in der Welt zur Geschlossenheit auf.



In ihrer Regierungserklärung zum ASEM-Gipfel in Mailand und zum EU-Gipfel in Brüssel sagte sie an diesem Donnerstag: „*Globale Herausforderungen bewältigen wir nur gemeinsam.*“ Weder der Terror des selbst ernannten Islamischen Staates (IS) noch die Ebola-Epidemie machen vor Grenzen Halt. Die Ausbreitung des hoch ansteckenden Virus sei nur im Rahmen einer deutlich engeren Zu-

sammenarbeit aller Staaten zu bewältigen, sagte Merkel mit Blick auf den am 16./17. Oktober 2014 anstehenden ASEM-Gipfel, ein Zusammentreffen 50 europäischer und asiatischer Staats- und Regierungschefs. Auch für den Kampf gegen die radikalislamischen Gotteskrieger im Irak und in Syrien mahnte sie eine enge Kooperation mit den asiatischen Staaten an, beispielsweise um die Reisetätigkeit von Terroristen zu unterbinden.

Am Rande des ASEM-Gipfels war auch ein Treffen des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit seinem ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko geplant, an dem auch Merkel und andere EU-Chefs teilnehmen wollten. Merkel erinnerte Putin an seine Verantwortung für den Frieden in der Ostukraine: „*Moskau muss hier einen entscheidenden Beitrag zur Deeskalation leisten.*“ Die Kanzlerin ließ keinen Zweifel daran, dass sie insbesondere die Einhaltung des Minsker Abkommens thematisieren werde. Diese Vereinbarung vom September sieht unter anderem den Abzug von russischen Soldaten und Waffen aus der Grenzregion, eine Sicherung der russisch-ukrainischen Grenze sowie Kommunalwahlen im Osten der Ukraine vor. Merkel betonte, dass die Sanktionen gegen Russland aufrechterhalten würden, so lange es im Friedensprozess keine Fortschritte gebe. Gleichzeitig werde unvermindert der Dialog mit Russland gesucht.

Mit Blick auf den EU-Gipfel am 23./24. Oktober 2014 und Euro-Gipfel am 24. Oktober 2014 forderte die Bundeskanzlerin die Mitgliedstaaten zur strikten Einhaltung des Wirtschafts- und Wachstumspakts auf. Solide Haushaltsführung und Reformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit seien unerlässlich. Sie machte deutlich, dass die Schuldenkrise in der Euro-Zone noch nicht dauerhaft überwunden sei. Nur ein starkes Europa könne seine Interessen in der Welt erfolgreich vertreten, erklärte Merkel. Daher werde sie sich für eine engere wirtschaftspolitische Koordinierung einsetzen. Diese sei notwendig, um im Währungsgebiet nachhaltig Wachstum und Beschäftigung zu generieren. Als nicht zufriedenstellend bezeichnete sie die Tatsache, dass „*von den sechs Milliarden Euro, die zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung gestellt wurden, bisher nur ein kleiner Teil abgerufen wurde*“.

Weiteres Thema des EU-Gipfels wird die Klima- und Energiepolitik sein. Als umstritten stellte die Kanzlerin die Klimaschutzziele heraus. Es sei nicht sicher, ob sich alle 28 Mitgliedstaaten in der kommenden Woche auf Ziele für die Reduzierung der Treibhausgase, die Senkung des Energieverbrauchs oder den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2030 einigen können werden, sagte sie. Es stünden „*schwierige Verhandlungen be-*

vor“. Während Deutschland sich noch ehrgeizigere Klimaschutzziele vorstellen könne, gingen die Vorschläge der EU-Kommission anderen EU-Mitgliedern „entschieden zu weit“. Die Kommission will den Ausstoß von Treibhausgasen im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent verringern, den Anteil erneuerbarer Energien auf mindestens 27 Prozent steigern und den Primärenergieverbrauch um 30 Prozent senken. Eine Einigung gilt als wichtiges Signal für die Verhandlungen über ein globales Klimaschutzabkommen Ende 2015 in Paris. Deutschland sei bereit, wirtschaftlich schwächere Mitgliedstaaten bei der Erneuerung ihrer Energiesysteme zu entlasten, kündigte die Bundeskanzlerin an. Deutschland dürfe aber auch nicht über Gebühr belastet werden. „Alle Mitgliedstaaten müsse faire Beiträge leisten“, betonte Merkel.

2. Kordula Kovac besucht die Insel Riems mit dem Landwirtschaftsausschuss



Gruppenfoto der Mitglieder des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft und dem Gastgeber vor dem Haupteingang des Instituts. (Foto: DBT/Eisel)

Premiere für der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft: Die Ausschussmitglieder sind am Mittwoch, 8. Oktober 2014, zum ersten Mal außerhalb Berlins zu einer Sitzung im Friedrich-Löffler-Institut (FLI) auf der Insel Riems zusammengekommen. „Hiermit wollen wir die herausragende Bedeutung eines unserer bundeseigenen Forschungsinstitute würdigen“, erläuterte die Vorsitzende Gitta Connemann (CDU/CSU) diese Ausnahme.

Die Insel Riems liegt südöstlich von Rügen im Greifswalder Bodden und ist seit 1997 Hauptsitz des FLI, das noch über vier weitere Standorte in Deutschland verfügt. „Riems ist die Wiege der Virologie“, erläuterte der Institutspräsident Prof. Dr. Thomas C. Mettenleiter seinen Gästen. Vor über 100 Jahren am 10. Oktober 1910 begann der Namensgeber des Instituts, Friedrich Löffler (1852-1915), seine Arbeit in der weltweit ersten virologischen Forschungsstätte auf der kleinen Ostseeinsel. Heute ist das Forschungsinstitut eine selbstständige Behörde im Bereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft und wird mit Bundesmitteln finanziert.

Der Ausschuss bekam einen neu gebauten Forschungskomplex mit Hochsicherheitslaboren, Tier- sowie Quarantäneställen und Außengehegen zu sehen. Davon entsprechen einzelne Bereiche der höchsten möglichen Sicherheitsstufe. Mit der Einrichtung zählt das FLI nun weltweit zu den modernsten infektionsmedizinischen Forschungsinstituten.



Die CDU/CSU-Fraktion während der auswärtigen Sitzung im Friedrich-Löffler-Institut. (Foto: DBT/Eisel)

Eine Aufgabe der Wissenschaftler ist die Erforschung von Infektionskrankheiten, Tierseuchen sowie zwischen Tier und Mensch übertragbare Infektionen, sogenannte Zoonosen. Immer wieder würden weltweit Infektionen auftreten, die sich nicht regional beschränken und deren Infektionswege bisher nicht erforscht seien.

Der aktuelle Ebola-Ausbruch verdeutlichte die Notwendigkeit der Grundlagenforschung. Ausbrüche der landläufig als Schweine- oder Vogelgrippe bezeichneten Infektionskrankheiten hatten in den vergangenen Jahren auch Deutschland erreicht.

Kordula Kovac nutzte die auswärtige Sitzung, um sich im Hinblick auf die bundeseigenen Investitionen auf den neuesten Stand zu bringen: *„Ich bin beeindruckt vom Institut. Hier wird das Geld gut und sinnvoll angelegt.“* Mettenleiter präsentierte einen Komplex von 69 neuen Laboratorien und 63 Tierräumen auf rund 22.000 Quadratmetern Nutzfläche. Franz-Josef Holzenkamp (CDU/CSU) blickte mit Neugier in die Räume des Forschungsinstituts. Es sei nun an der Zeit zu gucken, was mit den Mitteln gemacht wurde. Zwar könne er nicht jedes Detail bewerten, doch habe er *„wirkliche Exzellenz auf Riems gesehen, die weltweit Beachtung findet“*. Deshalb sah er das ausgegebene Geld als eine *„Investition in den Standort Deutschland und in die Zukunft“* als gut angelegt.



Die Insel Riems liegt südöstlich von Rügen im Greifswalder Bodden. (Foto: dpa)

Für die Neubauten wurden in den vergangenen Jahren rund 300 Millionen Euro ausgegeben. Derzeit arbeiten insgesamt rund 850 Mitarbeiter für das Friedrich-Löffler-Institut. Der Präsident des FLI verwies auf die Erfolge des Instituts. Heute sei das Auftreten der klassischen Schweinepest oder der Tollwut kein Thema mehr, während noch vor 20 Jahren solche Tierkrankheiten ernste Bedrohungen für die heimischen Bestände darstellten. Unter maßgeblicher Mitarbeit des Instituts seien auch wichtige Beiträge zur Erforschung der im Jahr 2008 aufgetretenen Blauzungenkrankheit geleistet worden.

Mettenleiter warnte mit Blick auf die EU-Ostgrenze und der dort grassierenden Afrikanischen Schweinepest davor, sich auf erreichte Erfolge auszuruhen. *„Bis heute gibt es dafür*

„Bis heute gibt es dafür

keinen Impfstoff“, sagte er den Ausschussmitgliedern. Zumindest konnte der Wissenschaftler ein wenig entwarnen, denn die Ausbreitung erfolge derzeit nicht so schlimm wie befürchtet. Dennoch müsse die Öffentlichkeit gesucht und weiter Aufklärung betrieben werden, um weitere Infektionen zu vermeiden und zu erkennen. *„Die Gefahr hat sich nicht erledigt, wir müssen dran bleiben.“*

3. Pressemitteilung Holzenkamp / Kovac:

Verstärkte Forschung im Kampf gegen die Kirschessigfliege nötig – BMEL sagt Unterstützung zu



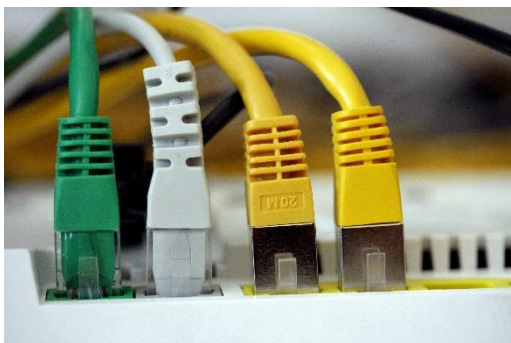
Die CDU/CSU-Fraktion hat am heutigen Mittwoch im Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft eine verstärkte Bekämpfung der Kirschessigfliege eingefordert. Hierzu erklären der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft, Franz-Josef Holzenkamp und die zuständige Berichterstatterin Kordula Kovac:

„Die Kirschessigfliege, welche ursprünglich aus Asien stammt, ist innerhalb kürzester Zeit zu einem gefährlichen Schädling für den Obst- und Weinbau in ganz Deutschland geworden. Bedingt durch den milden Winter, der die Ausbreitung der Fliege begünstigt, haben die Schäden besonders bei Beeren und Wein stark zugenommen.

Wir haben die Sorgen vieler Obstbauern und Winzer aufgegriffen und im Ausschuss thematisiert. So fordern wir die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel die Forschung, damit die Ausbreitung der Kirschessigfliege schneller gestoppt werden kann. Betriebe und Märkte müssen in die Lage versetzt werden, der Gefahr durch diesen Schädling wirksam sowie öko-logisch-nachhaltig zu begegnen.

Zunächst müssen wir die aktuelle Situation in ganz Deutschland erfassen und analysieren, inwieweit die laufende Ernte betroffen ist. Wir begrüßen, dass das Bundeslandwirtschaftsministerium heute im Ausschuss zugesagt hat, die Erarbeitung sachgerechter Lösungen zur Bekämpfung der Kirschessigfliege zu unterstützen.“

4. Bundestag beschließt umfangreiches Maßnahmenpaket zum Breitbandausbau



Die Koalitionsfraktionen haben im Bundestag ein umfangreiches Maßnahmenpaket zum Breitbandausbau beschlossen. Mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages und dem Kursbuch von Bundesminister Alexander Dobrindt liegen die Planungen zum Breitbandausbau für diese Legislaturperiode auf dem Tisch. Der nächste Schritt muss sein, die Kosten für den Ausbau moderner Glasfasernetze zu senken. Außerdem sind gerade für den ländlichen Raum zwingend auch mobile Datendienste notwendig. Hier sind die Länder in der Pflicht, ihre Frequenzen freizugeben.

Beim Ausbau der Glasfasernetze hat die Senkung der Ausbaurkosten oberste Priorität. Strom- und Gasnetze, Abwasserkanäle, Fernwärmeleitungen und Verkehrsnetze können zur kostengünstigeren Verlegung von Glasfaserleitungen mit genutzt werden. Wir werden die Telekommunikationsanbieter mit einem Rechtsanspruch auf Zugang zu diesen Netzen ausstatten. Außerdem sollen die Bautätigkeit besser koordiniert werden. Damit bekommen alle Anbieter die Chance, den Glasfaserausbau im Land auf eine effiziente Art und Weise weiter voran zu treiben.

Für den ländlichen Raum müssen neben dem Festnetzausbau auch neue Mobilfunkfrequenzen für moderne mobile Datendienste zur Verfügung gestellt werden. Nun sind die Länder in der Pflicht, ihren Beitrag zu leisten und die dafür nutzbaren Frequenzen freizugeben.

Die durch eine Frequenzvergabe entstehenden möglichen Erlöse werden Haushaltsspielräume erzeugen, die dem Breitbandausbau zugutekommen sollten. Denn ohne Förderung werden wir den Breitbandausbau in bestimmten Teilen des Landes nicht stemmen können. Schließlich darf die aktuell in Brüssel geführte Diskussion zum Telekommunikationsbinnenmarkt nicht zu einer Gefährdung der Marktstrukturen in Deutschland führen. Die Rahmenbedingungen müssen so gesetzt sein, dass Investitionen in den Netzausbau wirtschaftlich tragfähig bleiben.

5. Im Gespräch mit dem neuseeländischem Botschafter



Neuseelands Agrarhandelsbeauftragter Mike Petersen, Kordula Kovac und Neuseelands Botschafter Peter Rodney Harris (v.l.) (Foto: Privat)

Ein sehr positives Gespräch konnte Kordula Kovac in der vergangenen Sitzungswoche mit dem neuseeländischen Sonderbeauftragten für Agrarhandel, Mike Petersen, im Beisein des neuen Botschafters von Neuseeland, S.E. Peter Rodney Harris, führen.

Dabei wurden sowohl landwirtschaftliche als auch weinbauspezifische Themen erörtert und auch über die jeweiligen Absatzländer gesprochen. Der Weinbau in Neuseeland hat eine noch junge Geschichte, spielt aber eine immer wichtiger werdende Rolle im Wirtschaftsleben Neuseelands. 2011 stieg die Weinwirtschaft zur achtwichtigsten Exportbranche des Landes auf.

6. Engagement von ArbeiterKind.de



Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen folgten einer Einladung von ArbeiterKind.de zu einer Informationsveranstaltung. *„Wir sind die Initiative für alle, die als Erste in*

ihrer Familie studieren“, stellte Katja Urbatsch die Initiative vor. Eine bemerkenswerte Aktion, die in vielfältiger Weise hilft, das Abitur zu machen und zu studieren.

Sie selbst habe kein Abitur machen und auch nicht studieren dürfen, da ihre Familie sich das nicht leisten konnte. *„Mir ist es daher wichtig, sich zu engagieren, um Anderen Mut zu machen und ihnen Unterstützung zu gewähren“*, so die Wolfacher Bundestagsabgeordnete Kordula Kovac.

ArbeiterKind.de ist eine gemeinnützige Initiative mit bundesweit über 5.000 ehrenamtlichen Mentorinnen und Mentoren in 70 lokalen Gruppen, die Schülerinnen und Schüler aus Familien, in denen noch niemand oder kaum jemand studiert hat, zum Studium ermutigt und sie vom Studieneinstieg bis zum erfolgreichen Studienabschluss unterstützt.

Newsletter abonnieren?

Bleiben Sie immer auf dem Laufenden mit meinem Newsletter, in dem mein Team und ich Sie auf Neuerungen, Pressemitteilungen und Termine aufmerksam machen.

Sie können den Newsletter abonnieren unter:

kordula.kovac@bundestag.de unter Nennung Ihres Namens und Ihrer Emailadresse.

Impressum:

„Kordula Kovac informiert aus Berlin“ ist ein Newsletter von Kordula Kovac MdB (CDU).
Herausgeberin: Kordula Kovac MdB (verantw.), Schloßstraße 24, 77709 Wolfach, Telefon 07834 86 88 666, Telefax Fax: 07834 86 88 664, E-Mail: kordula.kovac@bundestag.de, Internet: kordulakovac.de. Offizielles Portraitfoto Dr. Angela Merkel: CDU Deutschlands / Dominik Butzmann. Foto Breitband: CDU Deutschlands.